

Kommentar

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **54 (1974-1975)**

Heft 9

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

STABILITÄTSKRISE?

Symptome der Stagflation

Die Schweiz sieht sich, wie übrigens andere Länder auch, mit der vielleicht schwierigsten wirtschaftlichen Situation im Laufe der Nachkriegszeit konfrontiert. Nach einem Aufschwung, der rund 15 Jahre anhielt und nur von relativ kurzen, im Rückblick als eher harmlos zu bezeichnenden Abflachtenden tendenzen gekennzeichnet war, steht nunmehr eine Phase bevor, die – man wird diesen Ausdruck ohne Einschränkung gebrauchen dürfen – den Tatbestand einer Stabilitätskrise erfüllen könnte. Damit ist die weit verbreitete Erwartung verbunden, dass sich die Beschäftigungslage rückläufig entwickelt, die inflationären Fieberstöße aber, zumindest vorläufig, noch weiter anhalten werden. Zwei Zahlen bringen dieses Spannungsverhältnis mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck: einmal streben die Prognosen für das reale Wachstum der Wirtschaft im kommenden Jahr gegen Null, die inflationäre Gangart aber hält sich weiterhin hartnäckig am Rande der 10%-Grenze. Es wird, mit andern Worten, nicht mehr ohne weiteres möglich sein, die aus der Inflation fließenden Produktionskostenerhöhungen auf die Preise zu überwälzen.

Allerdings – dies wird man sofort beizufügen haben – ist die Lage in der schweizerischen Wirtschaft noch höchst differenziert. Es gibt Branchen, die von der Korrektur bereits mit voller Härte

getroffen werden. Es gibt aber auch Wirtschaftszweige, die von der Abflachtung noch kaum berührt werden. Die Lage ist uneinheitlich, aber das Stimmungsbild hat sich doch ganz eindeutig in Richtung auf erhöhte *Unsicherheit* verschoben. In dieser Situation fällt erschwerend ins Gewicht, dass nach einer langen Periode der beispiellosen Prosperität die wirtschaftspolitische Sensitivität gegenüber einem Wachstumsunterbruch in einem ganz erheblichen Masse gestiegen ist, mithin die politische Standfestigkeit gegenüber einer weniger wachstumsträchtigen Entwicklung wahrscheinlich nicht allzu hoch veranschlagt werden kann.

Nur noch partielle Inflationsfinanzierung

Der Test für die politische Widerstandskraft dürfte wohl nicht lange auf sich warten lassen. Anlässlich einer kürzlich von der Nationalbank durchgeführten Pressekonferenz – übrigens ein Novum in der Geschichte des schweizerischen Noteninstituts, das einen willkommenen Stilwandel in seinen Beziehungen zur Öffentlichkeit ankündigt – gab der Präsident des Direktoriums, Dr. *Fritz Leutwiler*, mit aller wünschenswerten Deutlichkeit zu verstehen, dass die Nationalbank nicht gewillt ist, möglichen politischen Pressionen auf eine Lockerung der Geldpolitik nachzugeben. Der wirtschafts-

politische Kurs steht unverändert auf Inflationsbekämpfung, was de facto bedeutet, dass die Expansionsrate der Geldversorgung *unter* jener der Inflationsrate gehalten werden muss. Und dies wiederum will heissen, dass künftig nicht mehr die ganze Inflationsrate finanziert werden kann. Dr. Leutwiler gab zu verstehen, dass die Notenbank ihre Politik auf die Annahme eines realen Wachstums 1975 von Null und einer Inflationsrate von etwa 10% abstützt. Zwischen diesen beiden Grenzwerten muss die Geldversorgung hindurchsteuern; sie dürfte sich im Mittel an der Richtgrösse von 5% orientieren.

Wenn vorausgesetzt wird, dass die Notenbank diesen Kurs durchzuhalten, dass sie vor allem dem mit Sicherheit zu erwartenden politischen Druck standzuhalten vermag, dann werden im bevorstehenden Jahr *Anpassungsprozesse* von einiger Zugriffigkeit kaum zu vermeiden sein. Die Forderung auf Zurückhaltung richtet sich dabei nicht zuletzt an die Lohnpolitik der Sozialpartner. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Teuerung durch eine entsprechende Lohnpolitik nicht mehr voll wird kompensiert werden können, rückt näher. Es ist dies der Preis, der für eine Normalisierung, für eine Konsolidierung nach einer Periode des inflationär übersteigerten Wachstums offenbar nun bezahlt werden muss. Mit aller Klarheit muss ins Licht gestellt werden, dass momentan allein der Weg einer Konjunkturabkühlung offen steht, weil ein Fehlschlag dieser Politik, also eine zeitliche Verlängerung der inflationsfreundlichen Politik, mit aller Sicherheit die Bewältigung der Stabilitätsprobleme nur hinausschiebt; die involvierten Probleme müssten später um so schärfer auftreten. Es wäre dann möglicherweise um

echte Beschäftigungseinbrüche nicht mehr herumzukommen. Die Alternative würde also noch düsterer aussehen.

Engpass Bundesfinanzen

In dieser Situation kommt dem Verhalten der öffentlichen Hand eine entscheidende Rolle zu. Eigentlich müsste im Falle der Schweiz von *den* «öffentlichen Händen» gesprochen werden, denn die Dreiteilung der Finanzkompetenzen zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden bewirkt einen Dezentralisierungsgrad, in dem, wenn die Finanzpolitik auf einen einheitlichen wirtschaftspolitischen Nenner harmonisiert werden soll, ein ausserordentliches Koordinationsproblem enthalten ist. Damit ist kein Votum gegen die finanzpolitische Dezentralisation ausgesprochen, sondern nur auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die sich in dieser Domäne stellen, wenn die Finanzpolitik unter den Imperativ der Stabilitätspolitik gestellt werden muss.

Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht gegenwärtig der *Bundeshaushalt*. Das Budgetdefizit für 1975 wird mit rund 600 Mio. Franken ausgewiesen, wobei in diesem Betrag die Mehreinnahmen, die von der dringlichen Finanzvorlage des Bundes erwartet werden, bereits berücksichtigt sind, obwohl sie der Souverän noch nicht bestätigt hat. Über diese Vorlage wird bekanntlich am 8. Dezember abgestimmt. Es scheint dies ein eher fragwürdiges Budgetvorgehen.

Unmissverständlich weist aber der Budgetengpass des Bundes darauf hin – und dies gilt nicht nur für den Bund –, dass die Zeiten einer eher unbekümmerten Ausgabenpolitik vorerst einmal

vorbei sein dürften. Die Engpässe in den öffentlichen Haushalten sind in erster Linie durch die *Ausgabenentwicklung* verursacht, weshalb auch in diesem Bereiche der Hebel angesetzt werden sollte. Die Erfahrung hat gelehrt, dass jedoch Ausgabenenkungen unter den politischen Voraussetzungen unseres Landes nicht leicht zu bewerkstelligen sind; eine Koalitionsregierung nach schweizerischem Zuschnitt ist für die Bewältigung einer solchen Aufgabe schlecht gerüstet. Trotzdem bleibt nur dieser Weg offen, weil das unkoordinierte und punktuelle Ausweichen auf Steuererhöhungen die Stimmbürger immer mehr alarmiert und zugleich den Steuerwiderstand akzentuiert. Es könnte jene Schwelle überschritten werden, die die Steuerbelastung in Gegensatz zur wirtschaftlichen Leistungswilligkeit und Leistungsfähigkeit bringt.

Auf der andern Seite ist aber auch der Rückgriff auf den *Kapitalmarkt* zur Finanzierung der Budgetdefizite limitiert. Seine jährliche Leistungsfähigkeit von rund 4 Mia. Franken gebietet einmal eine sorgfältige Dosierung der Anteile, die der öffentlichen Hand und den privatwirtschaftlichen Interessen zugeteilt werden; sodann muss in die Evaluierung jener Anleihen, die zum Zuge kommen sollen, aber auch die Dringlichkeit der Bedürfnisse eingebaut werden. Und letztlich verfolgt die Notenbank eine Politik, die auf Stabilisierung des Zinsniveaus bzw. auf eine politisch tragbare Erhöhung der Zinssätze ausgerichtet ist. Im Blick auf diese Konstellation wird es wohl unabweichlich werden, dass sich Regierung und Parlament in weit überzeugenderer Weise als bisher auf die *Drosselung der Ausgabenexplosion* kon-

zentrieren. Es wird dabei absolut notwendig werden, eine nach Dringlichkeitsstufen gestaffelte Prioritätenordnung aufzustellen. Dies ist zumindest *das Gebot der Stunde*.

Erdölsektor – eine Unbekannte

Und diese Forderung drängt sich um so mehr auf, als *die* grosse Unbekannte in der künftigen konjunkturellen Entwicklung dieser Welt, mithin auch unseres Landes, die Preise für das Erdöl und seine Produkte sind. Dieses Problem lässt sich natürlich binnenwirtschaftlich nicht beherrschen. Die vergangenen Wochen und Monate haben gezeigt, dass die Welt von einer Beruhigung im Erdölsektor noch weit entfernt ist, dass sie vielmehr auch dann, wenn die Erdölpreise nicht mehr erhöht werden sollten, die Bewährungsprobe erst noch zu bestehen haben wird.

Abgesehen davon, dass mit dem Erdölproblem weltpolitische Fragen von schlechthin zentraler Bedeutung verknüpft sind, muss man sich, um das Gewicht dieses Fragenkomplexes zu erkennen, die involvierte Grössenordnung in Erinnerung rufen. Die in der OPEC zusammengeschlossenen Förderländer werden in diesem Jahr aus dem Erdöl rund 80 Mia. \$ Einnahmen realisieren. In Zukunft werden es jährlich 100 bis 150 Mia. \$ sein. 1973 waren es noch 25 Mia. \$. Daraus resultiert für die Einfuhrländer das Problem des Ausgleichs der Zahlungsbilanzdefizite von rund 100 Mia. \$ jährlich. Das Zahlungsbilanzdefizit, das seinerzeit zum Sturze des Dollars führte, erreichte die «enorme» Höhe von 14 Mia. \$!

Heute herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass das Recycling, d. h. die Umlenkung der Petro-Dollars von zahlungsbilanzstarken zu zahlungsbilanzschwachen Ländern – nicht zuletzt rohstoffarme Entwicklungsländer – keine endgültige Lösung bringen kann, weil dies eine Verschuldung der Defizitländer aufbauen muss, von der niemand weiss, wie sie jemals wieder abgetragen werden könnte – ganz abgesehen natürlich von der Last des ständig steigenden Schuldendienstes.

Weiter muss in dieses Diagramm eingesetzt werden, dass die gewaltigen Überschüsse in den Deviseneinnahmen, die die Produzentenländer kassieren, ihren Weg in Auslandsanlagen suchen, und zwar kaum in Auslandsanlagen in den weniger entwickelten Staaten. Die Auslandsanlagen der OPEC-Länder werden nach einer optimistischen Schätzung (OECD) bis gegen das Ende dieses

Jahrzehnts 300 Mia. \$ und nach einer pessimistischen Schätzung (IMF) eher gegen 600 Mia. \$ tendieren – in jedem Falle eine Summe, die alle bisher bekannten Proportionen sprengt. – Es ist kaum dankbar, dass sich all dies ohne schwere Erschütterungen und tiefgreifende Rückwirkungen auf die weltwirtschaftliche Entwicklung abspielen kann. Da aber zu viele Unbekannte in der Erdölgleichung enthalten sind, ist es unmöglich, diese Rückwirkungen auch nur annähernd abschätzen zu wollen. Aus diesem Grund bleibt die Erdölgleichung als *die* grosse Unbekannte im Raume stehen. Und sie zwingt die betroffenen Länder, wenigstens in jenen Bereichen das Notwendige für die Wiederherstellung eines höheren Gleichgewichtes zu tun, in denen dies mit binnenwirtschaftlichen Mitteln möglich ist.

Willy Linder

VERSCHOBENES PARTEIENSPEKTRUM IN DER BUNDESREPUBLIK

«Der Wechsel von Brandt/Scheel zu Schmidt/Genscher markiert das Ende der sozialliberalen Koalition und den Beginn einer Koalition zwischen Sozialdemokraten und Freien Demokraten.» Ralf Dahrendorf (FDP), der ehemalige EG-Kommissar, hat mit dieser Feststellung genau das getroffen, was den Bonner Szenenwechsel vom Mai dieses Jahres im wesentlichen kennzeichnet. Tatsächlich wurden in der Hauptstadt am Rhein nicht nur Personen ausgetauscht; mit dem Revirement an der Regierungsspitze hat sich auch die Qualität des Koalitionsbündnisses verändert. Hans-Dietrich Genscher, der neue

Vorsitzende der Freien Demokratischen Partei, hat in seinem Eröffnungsreferat am Hamburger Bundesparteitag der FDP das Wort «sozialliberal» nicht ein einziges Mal gebraucht. Das war kein Zufall, das war erklärte Absicht. Das Bündnis zwischen SPD und FDP ist zu einem reinen Zweckbündnis geworden. Jene sentimentalen Bande, die Brandt und Scheel verbunden haben, schlingen sich nicht um Schmidt und Genscher. Das Klima ist nüchterner und rauher geworden in Bonn. Zwei Pragmatiker setzen den von ihren Vorgängern begonnen Weg fort, weil er der einzige ist, den sie begehen kön-

nen. Schmidt wäre ohne die FDP nicht Bundeskanzler, und die FDP kann sich von ihrem Koalitionspartner nicht so einfach «freischwimmen». Indessen gibt es Indizien dafür, dass sich Hans-Dietrich Genscher und andere Spitzenleute seiner Partei langsam der «babylonischen Gefangenschaft» der SPD entwinden möchten.

Schwierige Stellung der FDP

Der Ruf, die FDP sei ein «blosses Anhängsel» der Sozialdemokraten, muss den Freien Demokraten langfristig schaden, denn diese Partei verlöre ihre Existenzberechtigung, wenn sie nicht nach beiden Seiten hin offen wäre. Ohnehin ist die Bedeutung dieser «Dritten Kraft» als «Königsmacherin» unverhältnismässig gross. Die FDP muss darum eine – wie sie Wehner einmal despektierlich nannte – «Pendlerpartei» sein, sie muss entweder die Rolle des Bremsers oder die Rolle des Motors übernehmen. Nur als «Korrektiv» erfüllt sie eine sinnvolle Aufgabe. Nun hat sie sich aber in den vergangenen Jahren – ganz im Gegensatz zur Zeit des Bündnisses mit der CDU/CSU – nicht nur in Bonn, sondern in allen Bundesländern, in denen sie koalitiert, ausnahmslos mit den Sozialdemokraten verbunden. Darum ist ihre Glaubwürdigkeit bedroht, und darum sind einsichtige FDP-Politiker bestrebt, die gefährdete Mittelposition zurückzugewinnen.

Die Frage bleibt allerdings, ob es den Freien Demokraten in absehbarer Zeit überhaupt gelingt, sich aus der totalen Umarmung der SPD zu befreien. Obwohl ein Teil ihrer Führung

bereit wäre, die FDP auch wieder zur CDU hin zu öffnen, scheint die Parteibasis einen konkreten Schritt in dieser Richtung noch nicht tun zu wollen. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass viele rechtsorientierte Liberale die FDP nach 1969 wegen ihrer Linksschwenkung verlassen haben, und dass an ihre Stelle Anhänger getreten sind, die eindeutig links – zum Teil weit links – von der Mitte stehen. Für sie könnte ein Zurück zur CDU-Koalition sogar den Grund für eine Parteispaltung bedeuten. Ausdruck dieser tiefen Differenz innerhalb der FDP war am Hamburger Parteitag die Kampfwahl um den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden, die sich zwischen den beiden Ministern Maihofer und Friderichs abspielte. Nur mit knapper Not siegte der zur CDU/CSU hin offenere Friderichs. Trotzdem sind alle Spekulationen, Genscher und Friderichs könnten in Bonn ein «Renversement des alliances» herbeiführen, verfrüht.

Die Position der FDP gestaltet sich unter dem undoktrinären Sozialdemokraten Schmidt schwieriger als unter Brandt. Die liberale Partei sieht sich ihrer Bremsenrolle beraubt. Sie ist nicht mehr im selben Ausmass wie früher als Garant gegen sozialistische Entwicklungen gefragt. Darum sieht sie sich wieder vermehrt dem Druck ausgesetzt, ihren Standort definieren, ihre ureigene und unverwechselbare Position umschreiben zu müssen. Das aber fällt der FDP schon deshalb schwer, weil sie nicht die Partei der deutschen Liberalen, sondern bestenfalls eine liberale Partei ist. Das liberale Gedankengut hat nämlich seinen Platz längst auch in den beiden andern grossen Volksparteien gefunden.

Helmut Schmidt und die SPD

Unter Helmut Schmidt schien die Luft zunächst nicht nur für die Freien Demokraten dünn zu werden, auch die Opposition wusste gelegentlich kaum noch, wo sie den Hebel ansetzen sollte. Das Pendel, das seit 1969 in der Bundesrepublik so schnell und so heftig ausschlägt, schwang – so war der Anschein – plötzlich zugunsten des neuen Kanzlers – er schien der grösste zu sein im Lande. Nur zwei Jahre früher, im Herbst 1972, hatte Willy Brandt noch unerhörte Triumphe gefeiert. Er war damals mehr als nur der Bundeskanzler, er war für viele das Idol der Nation, der Nobelpreisträger mit der Aura des Friedensfürsten. Die CDU/CSU aber lag abgeschlagen in der Sackgasse der Unpopularität. In der Tageszeitung «DIE WELT» überschrieb der damalige Chefredaktor, Herbert Kremp, einen Leitartikel zum Wahlausgang 1972 mit dem Titel: «Der Hinauswurf aus der Epoche», und der «SPIEGEL» fragte sich: «Opposition für zwanzig Jahre?» Die Überzeugung, dass es bis 1980 oder gar später keine Chance mehr für die Christlichen Demokraten gebe, war allgemein verbreitet. Auch in den Reihen der CDU und der CSU sah man sich dem Zeitgeist hoffnungslos entgegengesetzt. Doch nur anderthalb Jahre später, im Frühjahr 1974, drohte die SPD schon wieder in ihr altes «35%-Ghetto» zurückzufallen. Der CDU/CSU verhiesenen Umfragen die absolute Mehrheit, und Landtags- und Kommunalwahlen bescherten ihr einen Wahlerfolg nach dem andern. Dann kam der Sturz von Willy Brandt und schnell danach der unter gekonnter Regie vollzogene Kanzlerwechsel in Bonn. Helmut Schmidt wurde an die

Spitze gestellt, und nicht nur die Regierung, sondern auch die SPD stabilisierten sich offensichtlich wieder. Der Kanzler mit dem Beinamen «Der Macher» packte zu, zeigte sich energisch in der Bekämpfung der Inflation und forsch in der Europapolitik, er trat dem Osten und dem anderen Deutschland unsentimental und realistisch gegenüber und las seinen linken Genossen gehörig die Leviten, wenn er es für nötig hielt. Der Beifall vieler Liberaler und vieler Konservativer im Lande war ihm darum schnell sicher. Die Opposition aber geriet ins Gedränge und schien nun zu befürchten, dass Helmut Schmidt so etwas wie ihr «Idealkanzler» werden könnte. Sie zeigte sich verwirrt und wartete auf die ersten Schnitzer, derweilen sie sich ratlos fragte, wen sie dem offensichtlich an seiner nicht eben populären Partei vorbeiregierenden Hanseaten 1976 als Konkurrenten entgegenstellen solle.

CDU und CSU im Aufwind

Und dann kamen die Landtagswahlen in Bayern und Hessen, wo insgesamt über elf Millionen Bürger und damit fast ein Viertel der deutschen Wählerschaft an die Urnen gerufen wurde. Das Resultat war eine Sensation, obwohl sich äusserlich nichts änderte, obwohl also in München weiterhin die CSU und in Wiesbaden weiterhin die sozialliberale Koalition die Regierung stellte. Zur Sensation wurde dieser Urnengang deshalb, weil die Unionsparteien gewaltige Fortschritte machten, weil sie vor allem die Grossstädte – wo letztlich der Entscheid bei Bundestagswahlen fällt – für sich zu gewin-

nen vermochten, die Jugend in Scharen und erstaunlich viele Arbeiter anzogen. Im städtischen Bürgertum vollzog sich eine Umstrukturierung innerhalb der Wählerschaft, die eine Ursache sicher auch in der Abkehr von der Reformeuphorie und der «progressiven Linksmystik» hat. Ein bedeutender Teil jener Wähler, die 1969 die sozialliberale Koalition gewünscht und 1972 bestätigt hatten, suchte nun in einer Zeit grösserer wirtschaftlicher Unsicherheit und drohender Arbeitslosigkeit wieder bei den konservativen Parteien Zuflucht. Helmut Schmidt vermochte diese Abwendung der Bürger von der SPD in Hessen vielleicht etwas zu bremsen, aufgehalten hat er sie nicht. Der erwartete «Kanzler-Effekt» blieb – vorläufig noch? – aus.

Nach ihrer Niederlage im «roten Hessen», wo sie erstmals in 28 Jahren von der CDU überflügelt wurde, stellt die SPD nur noch in den Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin die stärkste Fraktion. In Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen regiert sie dank der Koalition mit der FDP mit schwacher Mehrheit gegen die stärkste politische Kraft: die CDU. Diese «Koalitionen der Verlierer» sind zwar durchaus legitim, aber sie werden sich längerfristig auf die FDP höchstwahrscheinlich negativ auswirken, da die Freien Demokraten immer mehr als Anhängsel der Sozialdemokraten gesehen werden. Die kleine Partei aber droht im Sog ihres grossen Partners auch wieder jener Fünfprozent-Grenze entgegenzutreiben, wo Zittern und Zagen vor dem totalen Untergang herrscht. Diese Gefahr wird sich verschärfen, je weniger die Freien Demokraten als glaubwürdiges Korrektiv in Erscheinung treten können.

Labilität der öffentlichen Meinung

Die CDU/CSU dagegen sieht sich im Aufwind, wo den andern der Sturm ins Gesicht bläst. Sie wird sich bis im kommenden Frühjahr klar darüber werden müssen, ob sie 1976 ihr Glück mit dem stark konservativ geprägten Wahlkampfstil von Strauss und Dregger versuchen soll, oder mit dem eher liberal-konservativen Rezept Kohls oder Stoltenbergs. Dieser Entscheid wird nicht ohne innere Spannungen gefällt werden können. Tatsache ist, dass die Unionsparteien dort, wo die sozialliberale Koalition an ihren linken Systemkritikern gescheitert ist, mit ihren rechtsorientierten Politikern enorme Erfolge erringen konnten. Strauss und Dregger sind aus diesem Ringen um die Gunst der Bürger ausserordentlich gestärkt hervorgegangen; sie werden darum bei der Wahl des CDU/CSU-Kanzlerkandidaten ein entscheidendes Wort mitreden. Die Position des CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl, der immer noch als Favorit für die Kanzlerkandidatur der Opposition gilt, ist schwieriger geworden. Ganz ausgeschlossen ist es jedenfalls nicht mehr, dass eine Entwicklung eintreten könnte, in der Franz Josef Strauss als einzigem Unions-Politiker die Fähigkeit zuge-
traut würde, Bundeskanzler Schmidt 1976 zu schlagen. Sollte sich die politische Grosswetterlage in der Bundesrepublik allerdings bis dahin nicht wesentlich ändern, würden SPD und FDP in Bonn so oder so auf den Bänken der Opposition landen. Indessen zeichnet sich – wie angedeutet – die öffentliche Meinung in Deutschland durch eine Labilität aus, die Voraussagen über zwei Jahre hinaus schlechterdings unmöglich macht.

Hermann Schlapp

VERALLGEMEINERUNGEN

Eindrücke aus Europa und Amerika

Besuch in London und Cambridge. In der Betonung der Privaterziehung, in der interessanten Mischung von mittelalterlicher Tradition (oder zum mindesten deren Nachahmung) und Liberalität scheinen mir zum Beispiel die Colleges von Cambridge grosse Ähnlichkeit mit unserem Campusbetrieb zu besitzen. Anstelle der würdigen Tradition vielleicht in Bryn Mawr noch etwas mehr Imitationsversuche, gewiss; aber an beiden Orten das Vorherrschen eines imponierenden konservativen Liberalismus. Überhaupt erinnert uns in England mancherlei an die neue Welt. Der Kommunismus als Partei spielt kaum eine Rolle, die Opposition – nicht mit intellektueller Nörgelei zu verwechseln – ist für das politische Klima in beiden Staaten wichtig. Allerdings scheint hier das ganze gesellschaftliche Klima beruhigt durch die Kulissen der Monarchie. Es ist viel Sinn für Stabilität im Alltag zu sehen. Was mir nach dem kurzen nochmaligen Besuch am eindrucklichsten blieb: die Tee-Gesellschaften in Gasthöfen mit strickenden alten Damen, pfeifenrauchenden älteren Herren (mitunter vermochten wir Brocken von langweiligen Geschichten aufzuschnappen «You remeber the time when aunt Mary ...»), die Parklandschaften mit den Hecken, Schafherden, viel Unambitiöses ...

In Bosnien, wo wir unsere Verwandten besuchen, fehlen natürlich Parklandschaften oder Relikte des Aristokratischen. Bei so viel Schmutz in den Dörfern, so viel Rückständigkeit fällt die Lebensfreude und Fröhlichkeit der

Einwohner, wenigstens auf dem abendlichen Corso, besonders auf. Und doch spüren wir das Bedürfnis, auf einem Hügel endlich einmal ein Schloss oder ein Kloster zu sehen. Allein zu rasch wechselten offenbar Türken und Österreicher in ihrer Herrschaft ab, als dass solche Zeichen einer hierarchisch gefestigten Gesellschaftsform hätten erhalten bleiben können. Dafür können wir uns an den jungen Soldaten freuen, die uns sympathischer als Uniformierte in irgendeinem andern Land scheinen; sie benehmen sich hochanständig, geniessen den Augenblick, wären vermutlich tapfer. Eine lebensnotwendige Armee, die ihre Neutralität wirklich hüten muss, keine Anschlussgedanken an einen Block hat.

Anlässlich der Lektüre von Michael Theunissens Sozialontologie *Der andere* und seiner von Husserl ausgehenden Bemerkung, dass bei der Einfühlung in den anderen die Apperzeption des fremden Körpers als eines Leibes eine wichtige Rolle spiele (ein Leib sei für unser Mitsein mit anderen ja beseelter als der Körper, dieses Ding unter anderen körperlichen Dingen), wird mir bewusst, wie schwer diese Gedankengänge ins Englische zu übersetzen wären. Für beide Erscheinungen steht im englischen body. Unser «Körper», Lehnwort aus dem Lateinischen mit seiner Vorliebe für konkret-praktische Belange – es gibt auch das corpus iuris – anstelle des mittelhochdeutschen «lihâme», das offenbar durch die ursprüngliche Bedeutung «Fleischhülle» gleichsam zu poetisch

gewirkt hat, steht auch für den naiv Sprechenden in ausgesprochenem Gegensatz zum beseelteren Ausdruck Leib. Man meint, nicht nur wegen der Stabreimbildung «Leib und Leben», die Verbindung mit der Wurzel Leben (life) zu spüren. Im Englischen finden wir in den Wörterbüchern unter dem Ausdruck Leib neben dem schon genannten «body» allenfalls die Ausdrücke belly, womb. Wo das Körperliche den Zusammenhang mit Tiefsinnigerem bekommt, rutscht es im Englischen in untere Regionen ab.

Ein Bekannter regt sich über eine in der Schweiz konzertierende amerikanische Studentengruppe aus dem Südwesten auf, die während ihrer Tournee nicht merkt, in welchem Land sie sich aufhält; mir wird von einem Kollegen ein Antwortkuvert geschickt, das mit amerikanischen Marken frankiert ist, weil er offenbar meint, man könnte in der Schweiz Briefe mit solchen Marken spedieren; eine Dame schickt mir einen Brief mit der Adresse Romanshorn/Deutschland. Gewiss könnte Europäern Ähnliches passieren: eine Touristengruppe nicht merken, ob sie in Iowa oder Missouri reist, ein schweizerischer Beamter nicht wissen, in welchem Staat Steubenvill liegt. (Und wir haben eben den kleinen Howard auf Besuch, der nach zweimonatigem Aufenthalt sich brennender für unsere Kantonswappen interessiert als irgendein gleichaltriger Schweizerknabe aus unserem Bekanntenkreis.) Aber ich denke, Ratlosigkeit im Geographisch-Praktischen und Desorientiertheit in der Welt des andern sind in diesem Riesenland durchschnittlich häufiger anzutreffen als bei uns. Kaum wegen der schlechten Primarschulen. Die Erklärung eines Aussenstehenden, mit dem wir uns über

die erwähnten Studenten aus Nebraska unterhalten, stimmt mit meinen Erfahrungen überein: die Amerikaner sind so sehr mit ihren eigenen Problemen beschäftigt, dass selten die Energie freibleibt, sich eingehend mit der Sphäre des andern zu befassen. Der Kontinent ist noch nicht zur Ruhe gekommen und verlangt Konzentration der Einwanderer und selbst der seit einigen Generationen Ansässigen auf nahestehende Fragen. Zum Naheliegenden gehört auch die Fahrt auf den Mond, das Peace-Corps, nicht aber unbedingt Information über den Nachbarn. Kann ich diese mir in ihrer menschlichen Hilfslosigkeit oft fremde Welt einfach als andersgeartet akzeptieren?

Zum Beispiel auch ihre eigenartige Form der Pedanterie? Nach etlichen Jahren der Berufstätigkeit in diesem Land, nach dem anfänglich doch wohl fast blinden Wohlwollen nehme ich die amerikanische Spielart der übertriebenen Genauigkeit besser wahr. Ist sie nicht lästiger als die notorische schweizerische, die durch die Begleiterscheinungen der Verdrossenheit und Griesgrämigkeit so lustlos wirkt, damit rascher erkennbar und harmloser ist? Wie kindlich-freudig dagegen die amerikanischen Pedanten! Sie scheinen statistische Exerzitien zu lieben; Menschen in Zahlen zu verwandeln, schmerzt sie kaum. Es dünkt mich bezeichnend, dass die erste der Sexwellen in der Gestalt des amerikanischen Kinsey-Reports kam. Das geschah anno 1948.

Wie angenehm unpedantisch dagegen die Wiedergabe gewisser Tagesinformation oder politischer Interviews durch die Massenmedien. Es fällt mir immer noch schwer, wenn es um politische Information geht, am Schweizer

Fernsehen (nicht am Radio!) mit dem vielen hinterwäldnerischen, gehemmtten, seriös-belehrenden, allenfalls folkloristisch interessanten Getue Geschmack zu bekommen. Man sehnt sich, hat man einige Male die Tagesschau erlebt, nach den paar Weisen des amerikanischen Fernsehens: den Herren Rease-ner, Smith, Cronkite. Diese Männer erzählen uns über die Ereignisse in der Welt, persönlich, humorvoll, manchmal traurig, klug, ohne dass man das Gefühl bekommt, die neumodische Kravatte wolle für die Zuhörer ebenso wichtig wie das Gesagte sein.

Viele Schwächen liegen in Amerika offener zutage. Eine unserer Graduatestudentinnen, die ein Semester in Zürich studiert, meint, als ich sie auf die gesunderen sozialen Verhältnisse in der Schweiz aufmerksam mache, beziehungsweise sie frage, ob sie die Verhältnisse nicht auch als gesunder empfinde, es sei doch vieles Fassade. Hier könnte sie sich vorstellen, jahrelang unengagiert zu leben gleichsam mit geschlossenen Augen, ohne die sozialen Missstände zu realisieren; in Amerika wäre ihr das unmöglich.

Auch Schmutz und Korruption sind augenscheinlicher. Siehe Watergate.

Reinigung ist notwendig, denn das Riesenland kann sich nicht damit beruhigen, wie es kleine mitteleuropäische Staatswesen tun, dass wenigstens das Gros der Bevölkerung vor schmutzigen Geschäften gefeit sei und man deshalb über einige Missgriffe in den obersten Gremien grosszügig hinwegsehen dürfe. Das weisse Haus sollte weiss bleiben, wie Eric Mettler in einem Kommentar zur Frage der Amtsenthebung Nixons postulierte – obgleich er die Gefahr sieht, dass die Reinigungssucht der Amerikaner auch den ganzen Staat gefährden könnte.

Fassaden und Tabuisierungen gibt es in Amerika eher im privaten Bereich. Schon einigemal ist es uns im Briefwechsel mit guten Bekannten aus den Vereinigten Staaten passiert, dass sie auf gewisse Fragen in unseren Briefen gar nicht eingehen. Eine junge Einheimische meint, es sei wirklich üblich, allzu Privates, nach unserem Empfinden Bedeutsames höflich zu übersehen, zum Beispiel auf die besorgte Erkundigung «Wie geht es Dir wirklich?» lieber erst unter vier Augen zu reagieren.

Hans Bänziger

DIE DONAUESCHINGER MUSIKTAGE 1974

Früher, das meint: noch vor zwanzig Jahren, waren die Donaueschinger Musiktage der einzige Ort, wo neueste Musik live und auf zwei Tage konzentriert vorgestellt wurde. Inzwischen sind die Festivals mit Avantgardemusik von Warschau bis Royan und von Stockholm bis Palermo auf einige Dutzend angewachsen. Das lässt sich

nun immer spürbarer auch am Angebot ablesen. Die Donaueschinger Musiktage haben, seit einigen Jahren schon, Mühe, jedesmal ein spannungsvolles Programm anzubieten. Diese Tatsache zeigt sich auch daran, dass der Besucherzustrom seit den sechziger Jahren nun stets etwas nachlässt.

Die diesjährigen Donaueschinger

Musiktage mit sieben Veranstaltungen, welche auch diesmal auf drei Tage verteilt waren, litten zudem spürbar unter Absagen. Pierre Boulez wurde mit «In memoriam Maderna» nicht rechtzeitig fertig. Bei zwei Stücken von Brian Ferneyhough und Barry Guy legten sich – laut Kommentar der Veranstalter – «technische und aufführungspraktische Schwierigkeiten in den Weg», so dass sie nun erst für 1975 programmiert werden können. Damit blieb von den Uraufführungskonzerten – mit Kompositionsaufträgen des Südwestfunks – von einst nur noch wenig erhalten.

Daran teil hatte der zweiundzwanzigjährige Karlsruher Wolfgang Rihm. Er arbeitet an einem siebenteiligen Zyklus, der die wechselnden Kombinationen von Solostreichquartett, kleinem und grossem Orchester ausnützt. Daraus brachte das Sinfonieorchester des Südwestfunks unter Ernest Bour «Sektor IV» zur Uraufführung. Zweifellos erweist sich da dieser Musiker als Kenner und Könnler. Er verfügt geradezu enzyklopädisch über die Klangmaterialien des gespannten Expressivos vom mittleren Schönberg bis zu den Klangfarbenmustern bei Ligeti. Dabei erstet ein vierzigminütiger Monumentalkatalog von überquellenden Ausdrucksgesten, die auch noch einen überraschend tonalisierenden Schluss mit aufgesetztem Trompetenglanz in beinahe spätschaikowskyscher Manier verkraften. Da der Komponist sich ausdrücklich gegen programmatisch-aussermusikalische Bezüge in seinem Komponieren überhaupt verwahrt, war nicht einzusehen, wieso dieses Stück dermassen durchdringend in die Länge gezogen werden musste – vom Materialangebot im einzelnen ergab sich dazu kein Zwang.

Als Uraufführung präsentierte sich auch Luciano Berios «Points on the curve to find ...» für Klavier und 22 Instrumente. Aus Klaviertrillern erwachsend, die vom Ensemble konstruktiv übernommen, entwickelt und später kontrapostiert werden, spannt sich da ein konzertant-spielerischer Einsatz von kurzweiligen fünfzehn Minuten. Bei starren Zeitverläufen und mit gehörmässig nachvollziehbarer Taktstruktur bleibt es – opushaft durchkonstruiert – doch empfindlich hinter der gebrochenen Subtilität von Berios Produktion der letzten Jahre zurück. Antony Di Bonaventura erwies sich daran als ein pianistisch buchstäblich glänzender Interpret.

Dieter Schnebels achtzigminütige «Maulwerke für Artikulationsorgane und Reproduktionsgeräte» sind ebenfalls ein fixnotiertes Stück. Es hat thematisch die Erzeugung von Stimmlichem zum Gegenstand und komponiert dabei nicht Laute, Töne, Melodien, Klänge, sondern die körperlichen Vorgänge, die zu derer Erzeugung gehören, wie Atemzüge, Kehlkopfspannungen, Zungenschlagen. Mit Hilfe von Reproduktionsgeräten wie Kehlkopfmikrophonen, Fernsehkameras, Monitoren wird das Akustische nicht nur zum Optischen ausgeweitet, sondern – gewissermassen mit visuell-auditiven Vergrösserungstechniken – didaktisch dem Zuhörer und vor allem Zuschauer entgegengebracht. Damit versteht Schnebel seine «Maulwerke» – die jedermann, ohne musikalische Vorbildung, zugänglich sind – als Beitrag zu einem proletarischen Musikverständnis. Mit der Gliederung in fünf Sätze mit Überschriften nach Sonatenart wie «Adagio», «Finale» erwies der Komponist auch eine Reverenz an eine von

artistischen Kriterien bestimmte Musikübung. Doch Szenen aus Vietnam und Comics zeigten sich als – aufgesetzt wirkende – Anbiederung an den vorwiegend optischen Sinn gegenüber dem akustischen und brachten im anschließenden «Hörerpodium» dem Komponisten denn auch den begründeten Vorwurf, in «Maulwerke» allzu viel auf einmal gewollt, aber nicht gemeistert zu haben, ein.

«Inori», ein Kompositionsauftrag der Dai-Ichi Kangyo Bank Ltd. Tokio, zeigten Karlheinz Stockhausen abermals auf seinem Weg mit der Verbindung von östlichen Glaubensinhalten und westlichem Musikmaterial. Diesen «Anbetungen für einen Solisten und Orchester» ging eine sechzigminütige Analyse voraus, die die konstruktiven Momente bis in die Zellen hinein darlegte. Der Höreindruck blieb dagegen bescheiden, simpel, gar langweilig. Stockhausens Klangchiffren reichen da teilweise von Nonenakkorden der Spätimpressionisten bis zu Schlagzeugfloskeln Bartokscher Folklore, wobei – mit beinahe symphonischen Steigerungsgesten – Dissonanzen wiederum als spannungshafte, gar schmerzhaft gestaltete Elemente aufgefasst werden können. Die Koinzidentien zwischen Bewegungsgesten und Tonkonstellationen – zwar konsequent, aber doch als letztlich mechanisch-zufällig gesetzte – müssen während siebzig Minuten nicht nur gewollt stereotyp, sondern auch unbeabsichtigt ermüdend wirken. Zudem fehlte offensichtlich die hier unerlässliche Präzision zwischen Alain Louafis Bewegungsaktionen und dem unter dem Komponisten spielenden Südwestfunkorchester. Stockhausen lieferte da ein Beispiel von *Musica povera*, doch – von herablassend-nebulöser Warte aus –

ohne all die Möglichkeiten zu gesellschaftskritischen Implikationen, die bei solcher musikalischer Regression erst gerechtfertigt werden könnte.

Nicht als Rückkehr, aber als Rückblick verstand sich in diesem Rahmen die Programmierung von Bruno Madernas «Suite» für Soli und Orchester aus der Oper «Hyperion» nach Hölderlin als Hommage für den frühverstorbenen Dirigenten und Komponisten. Diese Musik von rauschhafter Massierung und geradezu ätherischer Verlorenheit stellte Maderna noch einmal in die Tradition italienischer Musik zwischen Dallapiccola und Sylvano Bussotti, machte aber zugleich auch deutlich, welche weiteren Möglichkeiten für Szenisch-Gestisches der Klangproduktion nur schon in diesen wenigen Jahren zugewachsen sind.

Des Baslers Urs Widmer Stereohörspiel «Die schreckliche Verwirrung des Giuseppe Verdi» wurde in Donaueschingen mit dem Karl-Sczuka-Preis 1974 ausgezeichnet. Mit dem «Nabucco»-Klangzitat und Verdi als sozialkritischem Komponisten verquickt es die heutige Geschichte zwischen Nabucco, einem Landarbeiter, Violetta, einem Strassenmädchen, und dem vom Autor dargestellten Ich-Erzähler. Dabei wird – seltsamerweise – auf radiophonische Klangmöglichkeiten von heute meistens verzichtet: auf weite Strecken wirkt diese Hörcollage wie ein vorgelesener Prosatext mit all seinen Zeitzwischenräumen zur Reflexion.

Technisch und auch darstellerisch auf der Höhe des Tages zeigten sich John Cage's «Song-Books I–II» in einer Version für Vokalensemble und elektronische Klangtransformation. Von all den Bezügen zu den Transzendentalisten, zu Erik Satie und – als Spezial-

gebiet des Komponisten – zur Pilzkunde war zwar in dieser Darstellung durch die Stuttgarter Schola Cantorum nicht viel aufspürbar. Clytus Gottwald profilierte hier die einzelnen Chormitglieder zu Stimmporträts vom italienischen Tenor bis zur «Königin der Nacht» und wob – bei diesem Musterbeispiel einer indeterminierten Partiturvorlage – auch schon die Parodien auf die Uraufführungen der Stockhausen und Schnebel mit ein. Der Publikumszuspruch zu diesem instrumental-vokalen Theater war den Interpreten sicher.

Als Beitrag zu einem Verständnis «totaler Musik» stuften sich unter «SWF-Jazz-Session» die «Duolectrics», die «McCoy Tyner Group» und das «Yamashita-Trio» in die Donaueschinger Musiktage ein. An den beiden Pianisten Wolfgang Dauner und Jasper van't Hof fiel – bei aller technischen Überlegenheit – ein Zug von unreflektierter Selbstvergessenheit auf. Gefühlshaft, zärtlich beinahe wirkten

sie in den langsamen, ausladenden Improvisationspartien, ohne dabei die Klischees von Klavierfloskeln der Romantik, am deutlichsten von Liszt, zu vermeiden oder auch diese bloss zu brechen: Nostalgie gab sich da unverstellt, als Heimweh nach einem heilen Einst.

Ein Thema oder auch nur ein Motto war – wie in früheren Jahren – diesmal in Donaueschingen nicht zu erkennen und offenbar von den Veranstaltern auch gar nicht mehr angestrebt worden. In ihrer Vielfalt und Disparatheit wirkten diese Tage als Musikmesse – und damit doch wiederum anregend. Sie machten einmal mehr deutlich, dass heute schwieriger denn jemals mit Bestimmtheit festzuhalten wäre, wo und wie in der aktuellen Produktion mit und rund um Musik nun tatsächliche Avantgarde sei.

Rolf Urs Ringger